Netzwerk Friedenssteuer

Informationsbüro
NETZWERK FRIEDENSSTEUER
Werwolf 57a
5650 Solingen 1

Tel. 0212-591648

Eugen Drewermann:

Eine Hungersteuer,
eine Entwicklungssteuer,
eine Katastrophenhilfesteuer,
eine Geburtenkontrollsteuer,
eine Regenwaldschutzsteuer,
eine Steuer der Menschlichkeit,
allemal Ja:

Aber
beiSteuern zum Krieg,
das wollen wir nicht!

N E U E S J A H R !

N E U E N A C H R I C H T E N !

N E U B E S T E L L E N !!!

Wem das NETZWERK FRIEDENSSTEUER im Jahr 1992 noch wichtig ist (wer weiß schon...), sollte jetzt etwas tun.
Begründung: ein Netzwerk lebt ausschließlich "von unten", d.h. auch von Ihrer/Deiner Aktivität.

Was können alle tun?

1. Die NACHRICHTEN für das Jahr 1992 (4 Ausgaben) bestellen!

Wer das in diesem Jahr noch nicht getan hat, kann das mit dem Antwort-Kurzbrief tun, der dem Leporello beiliegt.

2. Sich als Kontaktperson für 1992 melden bzw. zurückmelden!

Was ist eine Kontaktperson?
- Sie ist gegen Kriegssteuern und unternimmt etwas dagegen.
- Sie ist bereit, im Rahmen des NETZWERKES FRIEDENSSTEUER ihre Adresse zu veröffentlichen, damit andere Kontakt mit ihr aufnehmen können. (Das können in einer Stadt/Region auch mehrere Leute sein.)
- Sie hält Kontakt zum NETZWERK FRIEDENSSTEUER, indem sie (zumindest) die NACHRICHTEN liest.
- Sie bemüht sich, 2x im Jahr zu einem Regionaltreffen zu fahren oder ein "Lebenszeichen" zu geben.
- Je nach Interesse und Zeit kann sie sich in einem Arbeitsschwerpunkt engagieren oder in den Netzwerkrat delegieren lassen.

Keine Angst: Eine Kontaktperson braucht nicht grenzenlos Zeit zu haben und braucht nicht alles zu wissen! Wir sind keine "Profis" und wollen uns auch keine leisten!

(Rück)meldung:

Ich möchte Kontaktperson bleiben bzw. werden.

Diesen Coupon einfach ausschneiden und ans Büro schicken oder anrufen (bitte nicht meine Kinder beauftragen)

Die ersten Regionalversammlungen des Netzwerks Friedenssteuer finden im März statt

Das NETZWERK FRIEDENSSTEUER soll eine basisdemokratische Struktur bekommen und sobald als möglich von einem gewählten Netzwerkrat koordiniert werden. Den ersten Schritt in dieser Richtung wollen wir im März 92 gehen: Auf Regionaltreffen sollen sich zunächst einmal die Kontaktpersonen (und die es noch werden wollen) der entsprechenden Region kennenlernen. Die Regionalversammlungen sollen aber keine Erstinformationsveranstaltungen sein.

Dabei ist es uns wichtig, daß parallel auf allen Versammlungen die folgenden Punkte besprochen und im Ergebnis protokolliert werden:

1. Was ist eine Kontaktperson?
Wer sind aktuell die Kontaktpersonen in der Region?(Wer ist da, wer hat sich gemeldet, sind alle mit den neuen einverstanden?) Nur Kontaktpersonen sind stimmberechtigt.

2. Sind alle mit dem Vorschlag für eine "Arbeitsstruktur des Netzwerkes Friedenssteuer" vom Kontaktpersonentreffen am 22.9.91, überarbeitet am 30.11.91 beim FSI-Bundestreffen, einverstanden? (Bitte nur noch schwerwiegende Änderungsvorschläge, da sie im Herbst auf den anderen Regionalversammlungen diskutiert und beschlossen werden müßten.)

3. ganz wichtig: Wer ist bereit für 1992 SprecherIn für die Region zu werden?! Aufgaben: Regionalkontaktadresse. Mitarbeit im Netzwerkrat (ca. 2x jährlich). Einladung zur nächsten Herbst- und Frühjahrsversammlung. Wahl der beiden SprecherInnen.

Falls noch Zeit vorhanden:
Vorstellung und Diskussion der vier Arbeitsschwerpunkte:
- Gesetzesinitiative
- Rechtswege
- Steuern zu Pflugscharen
- Nicht von meinen Steuern

Wann und wo finden unsere Regionalversammlungen statt?

Region Nord: 8.3.92 (in Dedos Einladung steht irrtümlich 7.3.), 11 Uhr, Kulutr- und Kommunikationszentrum "Pavillon" Raum R5, Lister Meile 4, 3000 Hannover 1, Anmeldung bei: Dedo v. Krosigk, Querstr. 9, 3000 Hannover 81, Tel. 0511-830759

Region West: 7.3.92, 14 Uhr, in 5090 Leverkusen, Anmeldung bei: Dorothea Kötter, Burgstr. 97a, 5300 Bonn 2, Tel. 0228-355289

Region Südwest: 14.3.92, 10 Uhr Gemeindehaus Johannesgemeinde, Schwarzwaldstr. 61, 7530 Pforzheim
Anmeldung bei: Dieter Hemminger, Friedensstr 72, 7530 Pforzheim, Tel. 07231-299127/23467

Region Süd: 28.3.92 in Nürnberg, Anmeldung bei: Siggi Laugsch, Beratungsstelle für KDV, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 45, Tel. 0911-4304-238/0911-397851

Region Ost: Wer lädt ein????????

Anmerkung der Redaktion: Diese ersten Regionalversammlungen werden zeigen, ob die Netzwerkidee vom "Golfkriegsjahr" bestand hat. Wir denken, es gibt keinen Grund, sich beruhigt zurückzulehnen. Andererseits bietet die Netzwerkidee die Möglichkeit mit überschaubarem Aufwand und erreichbaren Entfernungen an einer langfristigen politischen Entwicklung mitzuwirken. (Wir wissen ja: "Wer zu spät kommt,...") Übrigends: Angehörige oder FreundInnen können zu den Treffen gerne mitgebracht werden.

Arbeitsstruktur des Netzwerks Friedenssteuer

1. örtliche Friedenssteuerinitiativen/ Arbeitskreise zur Kriegssteuerverweigerung

Eine Friedenssteuergruppe sollte sich mindestens einmal im Vierteljahr speziell zum Thema treffen und die NACHRICHTEN des Netzwerks Friedenssteuer beziehen. Sie sollte sich ferner bemühen, lokale öffentlichkeitesarbeit zu betreiben und Kriegssteuerverweigererinnen konkret zu unterstützen. Miteiander verbunden sind die einzelnen Gruppen durch Kontaktpersonen. Kontaktperson kann auch sein, wer keine Gruppe vertritt, aber bereit ist, seine / ihre Adresse bekanntzugeben und ggf. eine Gruppenarbeit aufzubauen.

2. Regionalversammlungen

finden im Frühjahr und Herbst parallel statt. Sie sollen dem Erfahrungsaustausch der Kontaktpersonen und der Diskussion der gemeinsamen Arbeit des Netzwerks und der (möglichst einmütigen) Willensbildung dienen. Bei jeder Frühjahrsversammlung sollen je zwei SprecherInnen für die Region gewählt werden, die eine regionale Kontaktadresse und die beiden nächsten Regionalversammlungen organisieren.

3. Arbeitsschwerpunkte

sind bundesweite Arbeitsgruppen, die ihre Ergebnisse zu den Regionalversammlungen vorstellen, wo sie diskutiert werden können. Inhalte, die später vom Netzwerkrat akzeptiert werden, gelten als "Allgemeingut" des Netzwerkes. Anderes sollte so lange nur unter dem Namen des Arbeitsschwerpunktes veröffentlicht werden.

Beispiele für Arbeitsschwerpunkte:

*Gesetzesinitiative (Entwürfe und Lobbyarbeit)
*Rechtswege (juristische Arbeit)
*Steuern zu Pflugscharen (kirchliche Mitarbeiter)
*Nicht von meinen Steuern (Basis- und öffentlichkeitsarbeit)

4. Jahrestagungen / Seminare

werden z.B. aus den Arbeitsschwerpunkten oder aus einer Region vorbereitet und durchgeführt.

5. Netzwerkrat

Die SprecherInnen und je ein/e VertreterIn der Arbeitsschwerpunkte treffen sich zwischen den Regionalversammlungen. Der Netzwerkrat koordiniert die Arbeit, gibt die NACHRICHTEN heraus und orgaisiert eine Versand- und eine Dokumentationsstelle.

6. Finanzen

Die örtlichen Friedenssteuerinitiativen finanzieren sich selbst. Die Regionalarbeit wird durch Teilnehmerbeiträge und Spenden finanziert, sie übernehmen bei Bedarf auch die Auslagen der SprecherInnen. Die Arbeitsschwerpunkte finanzieren sich und die Auslagen ihrer VertreterInnen auch selbst. Die Sachkosten der Koordinationsarbeit werden durch Materialverkauf und Unterstützungspreis für die NACHRICHTEN gedeckt, Kosten für den Aufbau des Netzwerkes und ggf. Personalkosten durch den Netzwerk-Friedenssteuer-Aufbaufonds.

Eine Initiative der
versiko GmbH
Finanzdienstleistungen
Fichtenstraße 42
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211-9737111

Neues aus den Arbeitsschwerpunkten

RECHTSWEGE

Der Bundesfinanzhof wird nachdenklich

Am 6.Dezember 1991 fand vor dem Bundesfinanzhof in München die Verhandlung über die Klage von Christa und Klausmartin Voigt statt, zu der etwa 40 ZuhörerInnen gekommen waren. Obwohl der BFH zuvor in einer "Vorentscheidung" die Klage abgewiesen hatte, konnte der Rechtsanwalt von Voigts und besonders die Erklärungen von Christa und Klausmartin das Gericht dazu bewegen, die Vorentscheidung zunächst einmal zurückzuziehen und in einer weiteren Beratung über das Urteil zu diskutieren.
Die Stimmung im Gerichtssaal war im Gegensatz zu vielen bisherigen Verhandlungen ausgesprochen positiv für das Klägerpaar; damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß der Klage auf Erlaß der Kriegssteuer stattgegeben wird. Es wird interessant sein, mit welcher Begründung die Klage abgelehnt werden wird. Dann steht den Voigts der Weg zum Bundesverfassungsgericht offen.
Weitere Informationen bei: Christa und Klausmartin Voigt, Im Laimacker 20, 7802 Merzhausen.

Gewissen oder Budgethoheit?

Vor dem Finanzgericht Düsseldorf fand am 19.12.91 eine Verhandlung gegen das Finanzamt Düsseldorf Nord statt. Klägerin war die Arbeitnehmerin Ursula Löw, die es aus Gewissensgründen ablehnt, mit ihrer Lohsteuer Rüstung und insbesondere den Golfkrieg zu finanzieren; sie hatte daher Einspruch gegen die vom Arbeitgeber einbehaltene Lohsteuer für Mai 91 eingelegt.
Nach Ansicht des Gerichts ist ein Erlaß zwar bei einer finanziellen Notlage möglich, wenn aber die Festsetzung der Steuern die Gewissensfreiheit verletzt, ginge auf jeden Fall die Budgethoheit des Parlaments vor. - Abgelehnt.
Näheres bei: U. Löw, Kopernikusstr. 53, 4000 Düsseldorf

Am 6.2.92 Verhandlung wegen Lohnsteuerverweigerung in Münster

Herbert Kühnle, Meersburger Str. 5, 4800 Bielefeld 12 (1984 Mitgründer des Bielefelder AK Rüstungssteuerboykott), schreibt im Vorausschau auf seinen Prozeß: "Ich vermute,...daß es kurzen Prozeß geben soll..." Wie es dann wirklich war, erfahren wir in den NACHRICHTEN NR.5.

Und noch eine Klage für Münster

Am 28.1.92 hat der Heilpraktiker Norbert Hermann aus der Bochumer "Steuerboykott-Initiative" seine Klage beim Finanzgericht Münster begründet. Die Begründung ist sehr lesenswert!
N. Hermann, Markstr. 396, 4630 Bochum-Weitmar, Tel. 0234-460070

STEUERN ZU PFLUGSCHAREN

(Aktion kirchl. MitarbeiterInnen)

Es ist vollbracht:

Nach nächtelanger Arbeit hat Martin Arnold die "Dokumentation und Weiterführung" einer Brennpunkt-Veranstaltung des 24. Evangelischen Kirchentages mit dem Titel **"Kirche auf dem Wege des Friedens am Beispiel Militärsteuerverweigerung"** fertiggestellt. In dem 72-seitigen Heft im Format Din A4 sind nicht nur das Podiumsgespräch "Die Kirche und die

Kriegssteuerverweigerung" und drei der Arbeitsgruppen zu diesem Thema dokumentiert, es bietet auch umfangreiches Hintergrundmaterial zur Stellung der Kirche zu diesem Problem, unter anderem sind Antworten der Kirche auf Militärsteuerverweigerungs-Anträge zur Lohnsteuer dokumentiert und kommentiert. Ausführliche Literaturhinweise schließen das Heft ab.

Theologisches Seminar zur Gewaltfreiheit und Militärsteuerverweigerung vom 26.-28.6.92 in der ökumensichen Werkstatt Wuppertal

---

Am 18. Januar fand bei der FEST in Heidelberg eine Anhörung von vielen ExpertInnen (und Nieten) zur Steuerverweigerung statt.
Zweck: ein Theologisches Gut-achten im Auftrag der Rheinischen Kirche. Wir hoffen, in den nächsten oder übernächsten NACHRICHTEN mehr darüber berichten zu können.

Auf den Punkt gebracht:
"Austritt... Da haben sich die Delegierten des Bremer Kichentages ja etwas ganz Tolles einfallen lassen. Steuerzahler solen ihrer Meinung nach nämlich entscheiden dürfen, ob ihre Steuern für den Verteidigungshaushalt verwendet werden dürfen oder nicht.
Dieser Beschluß hätte, denkt man ihn etwas weiter, fatale Folgen. Dann könnte nämlich jeder Bürger nach Lust und Laune beschließen, keine Steuern mehr für das Gehalt des Bürgermeisters, für die neue Umgehungsstraße, für die Ausstattung einer bestimmten Fraktion zu bezahlen. Anarchie und Chaos wären die Folge.
Genau dies soll durch unsere Demokratie verhindert werden...
Da ist es für Kirchensteuerzahler schon einfacher, sich gegen einen derart undemokratischen Beschluß der Evangelischen Kirche zu wehren: Durch Austritt."
Bremer Anzeiger, 7.12.91

NICHT VON MEINEN STEUERN

(Basis- u. öffentlichkeitsarbeit)

Seit Dezember sitzt ein Teil der Arbeitsgruppe an einer Neuauflage des "Aktionsleitfadens", der in Zukunft die wichtigsten Inhalte des "Aktionsinfos" und des "Ratgebers" mit beinhalten soll. Letztere werden deshalb nicht mehr aufgelegt.

NACHRICHTEN AUS DEM BÜRO

Der Anrufbeantworter war eine private Leihgabe, die zum Jahresende 91 zurückgefordert wurde. Im Gegensatz zum Februar vorigen Jahres sind die nötigen Anrufe durchaus über unser Privattelefon (0212-591648 Egel und Stemmer, bis 22 Uhr) abzuwickeln.
Mit Katharina Johanning, Studentin der Philosophie und Germanistik, haben wir auch eine neue, engagierte Mitarbeiterin seit Anfang des Jahres.
Mit ihr können wir vielleicht die noch brachliegende Dokumentationsarbeit aufnehmen. Auf Dauer kann sich das Büro jedoch nicht "selbst beschäftigen". Die Entstehung des Netzwerkrates ist somit für uns ausgesprochen wichtig.
Die Texte schreiben wir auf einem kleinen Computer, den uns Dorothea Kötter schon seit vergangenem Sommer geliehen hat, und besondere Schriften (wie das Leporello) drucken wir bei Martin Arnold. Die große Mühe der Adressenverwaltung hat Günther Lott übernommen. Euch allen vielen Dank!

Keine Beilagen in den Nachrichten!

Das ist die Regel, nun die Ausnahme: Diesen Nachrichten liegt ein Exemplar des Leporellos bei, das wir Ende Januar an fast 4000 Adressen verschickt haben. Mit dem Bestellzettel können auch noch weitere Exemplare des Leporellos (und die Nachrichten für 1992!!!) bestellt werden. Viele haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, uns liegen jedenfalls Bestellungen für weitere 4000 Exemplare des Leporellos vor, so daß wir nachdrucken müssen. Wir sind froh, daß Euch das Leporello so gut gefällt, daß ihr es in Eurer Gruppe, bei Euren Bekannten oder im Betrieb verteilen wollt.
Weitere Bestellungen bitte bald an uns, wir müssen der Druckerei die Anzahl bekanntgeben! (Die kleinen Fehler werden auch verbessert.)

KURZNACHRICHTEN

Der gemeinnützige Verein "Die Entfesselten",

alternativ zur Psychiatrie e.V. ist eine Anlauf- und Beschwerdestelle für Menschen, die Konflikte mit der Psychiatrie haben.
Die drei Mitarbeiterinnen haben den Verein gebeten, den Solidaritätszuschlag ab Juli 91 (7,5% der Lohnsteuer) nicht an das Finanzamt, sondern auf ein Sperrkonto zu überweisen.
Diese Gelder waren zunächst für den Aufbau der ehemaligen DDR bestimmt, werden aber letztlich dazu benutzt, um den Golfkreig nachträglich mitzufinanzieren.
Dies können die Mitarbeiterinnen nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren. Der Verein hat sich dem angeschlossen und überweist seit Juli 91 den Solidaritäts-zuschlag auf das Sperrkonto der Friedenssteuerinitiative. Das Finanzamt droht mit Pfändung.
Weitere Informationen bei den Entfesselten, Kopernikusstr.53, 4000 Düsseldorf 1 (Ursula Löw), Tel: 0211-315394.

Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden, verweigert

Aus der Pressemitteilung vom 13.1.92 von Christoph Besemer, Am Dorfbach 11, 7800 Freiburg, Tel. 0761-43284:
"...Im Einverständnis mit seinem Arbeitgeber, dem Verein gewaltfrei leben lernen, verweigert der Freiburger Friedensarbeiter ... die Zahlung der Ergänzungsabgabe für den Zeitraum ab dem 1.7.91. Das Finanzamt wird um Berücksichtigung der Gewissensbedenken gebeten. Die Verweigerung von Kriegssteuern wird bereits von einigen anderen Angestellten von Friedensorganisationen praktiziert (z.B. Ohne Rüstung leben, Versöhnungsbund, Ev. AG zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, (EIRENE Freundeskreis, Graswurzelwerkstatt,Erg. d. Red.)). Auch sie sehen einen Widerspruch in ihrem satzungsgemäßen Eintreten für gewaltfreie Konfliktlösung und ihrer Ablehnung von Krieg und dem Zwang, Steuern für Rüstung, Militär und Krieg zu bezahlen."

Kriegssteuer von der KFZ-Steuer abgezogen

Elisabeth Riehm-Settgast (Am Römerlager 4, 5300 Bonn 1) schreibt an das Finanzamt Bonn:

...Zum 1.Januar 1992 habe ich Ihnen meine KfZ-Steuer abzüglich Solidaritätszuschlag überwiesen.
...7,5 % meines monatlichen Einkommens.
...Diese - heute Solidaritätszuschlag genannte - Steuer ist in Wahrheit erstmals eine echte Kriegssteuer, wie aus den Äuße-

rungen des Bundeskanzlers und des Bundesfinanzministers zu ersehen ist.
...Auch sind noch juristische Prüfungen im Gange, inwieweit es sich beim "Solidaritätszuschlag" um die unzulässige Erhebung einer Zwecksteuer handelt.
...Des weiteren würden viele Menschen es als Entlastung empfinden, wenn der Gesetzgeber eine Art der Steuerzahlung ermöglichen würde, welche diejenigen Bürger und Bürgerinnen, die "Kriegsdienst mit der Steuer" aus Gewissensgründen ablehnen, mit ihrem Gewissen vereinbaren können.
...Mir ist auch bekannt, daß die Kfz-Steuern dem Landeshaushalt zufließen. Mir ist aber auch bekannt, daß aus dem Landeshaushalt Mittel in den Bundeshaushalt weitergeleitet werden. Und da ich keine Möglichkeit habe, über meinen Arbeitgeber eine direkte Verminderung meiner Lohnsteuer zu erreichen, möchte ich auf diesem Wege meinen Konflikt deutlich machen und hoffe auf Verständnis.

"Krieg ist kein Naturgesetz - und Frieden kein Geschenk!"

Diesen Satz einer jüdischen Sängerin zitiert Ingrid Klingen, Adolfstr. 60, 5300 Bonn 1, Mitarbeiterin des Friedensklärchens, Nachrichten aus der Bonner Friedensbewegung, in ihrer Begründung zur Kriegsteuerverweigerung (Solidaritätszuschlag) vom 15.11.91.

ökobank verzichtet auf Pfändungsgebühren bei SteuerverweigerInnen

Davon schreibt uns Dedo v. Krosigk (Querstr.9,3000 Hannover 81); er hatte bei der ökobank angefragt: "Ich bin über die hohen Pfändungsgebühren der Postbak (DM 50,-) ziemlich sauer. Meine Erkundigungen bei anderen Kreditinstituten (Stadtsparkasse, Volks- und Raiffeisenbank) haben ähnliche Konditionen ergeben. Ich habe daher die ökobank angeschrieben, die trotz anfänglicher Bedenken künftig eine kostenlose Pfändung für Kriegssteuer-VerweigerInnen ermöglichen will."
Aus der Antwort der ökobank an Dedo: "Ab 1.1.92 werden wir bei Pfändungen des Finanzamtes aufgrund der Steuerverweigerung von Kriegsdienstgegnerinnen auf die Erhebung der Gebühr verzichten. Dafür ist es notwendig, daß diesen Kontoeröffnungsanträgen ein schriftlicher Antrag (formlos natürlich) anhängt, aus dem diese Besonderheit hervorgeht, dami wir intern diese Befreiung sicherstellen können."
Näheres bei der ökobank, Postfach 10 17 39, 6000 Frankfurt 1.

"Was nun, Herr Kohl?"

Unter diesem Titel brachte das ZDF am 28.2.91 eine Sendung, in der der Bundeskanzler ungefähr folgendes gesagt hat: "Steuereinnahmen in diesem Jahr gehen doch in die Leistungen, die wir für den Golf zu leisten haben. 15 Milliarden von etwa 18 Milliarden, die die Steuererhöhungen 1991 einbringen, zahlen wir doch für den Golf....".
Wir möchten uns gern diese hehren Worte des Bundeskanzlers noch einmal anhören/sehen; hat vielleicht irgendjemand diese Sendung seinerzeit aufgenommen und kann uns die Kassette einmal ausleihen?

Der gewaltfreie Weg nach dem Golfkrieg

Unter diesem Motto stand ein Wochenende im Januar, zu dem sich ein kleiner Kreis von KriegssteuererverweigererInnen in Kamp-Lintfort traf. "Wie gehen wir weiter auf dem Weg des Friedens?" war die Frage, der wir uns in der Einsamkeit eines alternativen Tagungshauses draußen vor der Stadt

und mit 24-stündigem Fasten nähern wollten.
Wir sprachen über Gandhi und besonders über "Hartal", eine von ihm benutzte Form des gewaltfreien Widerstands, die aus Fasten, Niederlegung der Arbeit und öffentlichen Veranstaltungen besteht. Wir waren uns darüber einig, daß Hartal - auf unsere Verhältnisse übertragen - voraussetzt, daß wir selbst die Mitarbeit an dem, was wir als Unrecht oder gar Verbrechen ansehen, soweit als möglich einstellen wollen. Dazu brauchen wir "Einschnitte" in unserem und im gesellschaftlichen Alltag. Hartal soll ein Weg der Selbstbesinnung und der Vorbereitung auf gewaltfreie Aktionen und der Umwandlung von Lebensformen sein.
Wir kamen mit einem konkreten Ergebnis zurück: Wir haben uns vorgenommen, in Kontakt zu bleiben und bereiten für die 2.Juni-Hälfte unser zweites Wochenende vor.
Nähere Informationen bei:
Reihard Egel, Wichernstr. 9,
5650 Solingen

Das wär's für diesmal,

es grüßen Euch ganz herzlich

Klaus Hecker und Reinhard Egel

(Redaktionsschluß für die NACHRICHTEN Nr. 5 ist Ostern 92!)

BRANDAKTUELL

Eine Düsseldorfer Juristin ist der Ansicht, daß - so lange der BFH in München die Revision des Ehepaars Voigt noch nicht zurückgewiesen hat, wir gegen Bescheide zur Einkommensteuervorauszahlung / Lohnsteuer Einspruch einlegen und Stundung beantragen können. Dann dürften die Finanzämter vorerst nicht pfänden!!

Da diese Nachricht erst nach Redaktionsschluß eintraf, können wir hier ohne Rücksprache leider keine Adresse angeben. Ihr könnt sie aber bei Interesse telefonisch erfragen.

Buchhinweis:

Paul Tiedemann,
Das Recht der Steuerverweigerung aus Gewissensgründen,
Hildesheim 1991,
232 S., DM 29,80

"Der Autor legt mit diesem Buch die erste juristische Monographie zum Problemfeld der Steuerverweigerung vor und bietet zugleich ein entschiedenes Plädoyer für die Anerkennung eines Grundrechts auf Steuerverweigerung aus Gewissensgründen.
Im Anhang bietet das Werk u.a. eine Entscheidungssammlung mit vielen bisher unveröffentlichten Urteilen sowie enstmals in deutscher Sprache eine komplette Sammlung der im Inland und Ausland bisher parlamentarisch behandelten Gesetzentwürfe zur Militärsteuerverweigerung und zwei Gesetzesvorschläge des Autors. Das Buch ist auch für Nichtjuristen verständlich."